



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Kampagne im Internet startet / Bund muss handeln**

Kampagne im Internet startet / Bund muss handeln

14. Dezember 2016

Bayern sagt Stopp zum illegalen Handel mit Hundewelpen. Mit einer breit angelegten Informationskampagne in Zusammenarbeit mit einschlägigen Internetportalen soll bereits im Weihnachtsgeschäft der Handel mit diesen Tieren eingedämmt werden. Dazu forderte die **Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf** heute in München auch den Bund zum Handeln auf: „Hundewelpen sind keine Schnäppchen-Ware, die man auf einem Parkplatz kauft. Ein gesunder und sorgfältig aufgezogener Welpen hat seinen Preis. Wir wollen den unseriösen Welpenhandel stoppen – durch Vernunft statt Mitleid. Wer sich für einen Hundewelpen entscheidet, sollte sich vorher gründlich informieren. Dabei hilft unsere neue Informationskampagne.“ Mit dem Slogan „Vernunft statt Mitleid“ macht die Aktion in sozialen Medien, über Banner-Anzeigen und Edgar-Cards auf das Thema aufmerksam. In Kooperation mit mehreren Internetportalen werden zudem Kleinanzeigen geschaltet, die zunächst wie herkömmliche Verkaufsanzeigen aussehen. Beim Anklicken der Anzeigen erhalten die potenziellen Käufer aber wichtige Informationen für einen seriösen Hundekauf. Unter www.welpenkauf.bayern.de wird über die Risiken aufgeklärt, die der Erwerb eines Welpen zweifelhafter Herkunft mit sich bringen kann. Außerdem gibt es auf der Seite eine Checkliste mit wichtigen Punkten, die vor dem Hundekauf zu beachten sind. Und wer einen Fall von illegalem Welpenhandel vermutet und melden möchte, findet auf der Seite die richtigen Ansprechpartner.

Allein in den Jahren 2015 und 2016 registrierten die bayerischen Kreisverwaltungsbehörden rund 600 illegal eingeführte Welpen, die häufig im Rahmen polizeilicher Kontrollen entdeckt wurden. Die Transporte kamen überwiegend aus osteuropäischen Ländern wie Rumänien, Bulgarien oder Ungarn. Deshalb ist gerade auch der Bund gefordert, auf Bundes- und Europaebene ein Maßnahmenpaket umzusetzen, das den Handel mit illegal eingeführten Hunden erschwert. Scharf: „Wir dürfen dem lukrativen Geschäft mit Welpen nicht freien Lauf lassen. Unser Ziel ist klar: Die Staaten innerhalb der EU müssen geltendes Recht umsetzen und streng überprüfen, ob beim Transport junger Hunde die Vorschriften eingehalten werden. Verstöße gegen den Tierschutz und gegen das Tierseuchenrecht müssen schon im Herkunftsland der Tiere konsequent geahndet werden. Das finanzielle und persönliche Risiko für Verkäufer und Transporteure illegaler Welpen muss größer werden.“ Bayern setzt sich dabei für ein gemeinsames Vorgehen aller Mitgliedstaaten ein. Konkret solle sich der Bund für die Einführung einer europäischen Rechtsgrundlage einsetzen, die die Eintreibung von Unterbringungskosten und Bußgeldern von den osteuropäischen Eigentümern der Hunde ermöglicht. Auch sollen die Händler bei Verstößen gegen den Tierschutz schneller als bisher ihre Eigentumsrechte an den Welpen verlieren. Außerdem soll das Thema direkt mit den Nachbarstaaten beraten und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden.

Die illegal eingeführten Hundewelpen sind in der Regel viel zu jung, nicht gegen Tollwut geimpft, häufig krank und unter tierschutzwidrigen Bedingungen zur Welt gekommen. Vor allem über das Internet werden die Welpen massenhaft zu Dumping-Preisen gehandelt.

